



«Ich bin von meinem Wesen her ein Bauer»: Unternehmer und Politiker Blocher, 80.

«Führen ist mühsam»

Christoph Blocher machte aus der SVP die grösste Partei der Schweiz. Hier spricht er über Erfolg in der Politik und die Probleme des Freisinns.

Erik Ebnetter und Marcel Odermatt

Am 26. Mai beerdigte der Bundesrat das Rahmenabkommen mit der Europäischen Union. Es war ein später Triumph für alt Bundesrat Christoph Blocher (SVP). Jahrelang hatte er das Abkommen bekämpft und dafür das «Komitee EU-No» gegründet. Anfangs belächelt – die NZZ nannte es den «Bau von Palisaden gegen anstürmende Brüsseler Demokraten» –, erfüllte das Komitee seinen Auftrag. Sogar das Nachrichtenportal *Watson*, der SVP in herzlicher Abneigung zugetan, sprach von «Blochers grösstem Sieg».

War es das nun? Ist die letzte Schlacht geschlagen, das Erbe bestellt?

Nachrufe wären verfrüht. Am Wochenende überraschte Blocher, 80, mit dem Vorschlag, die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz und das «Komitee EU-No» zu verschmelzen. Er selber wolle diese Arbeiten anführen. Die Gefahr eines «schleichenden EU-

Beitritts» bestehe nach wie vor, die Kräfte seien zu bündeln. Blocher bleibt also in der Politik.

Das ist mehr als eine Personalie. Die Europa-Frage – Blochers Lebensthema – hat die Schweiz verändert. Sie entzweite SVP und FDP und steht am Anfang von Blochers Aufstieg zum einflussreichsten Politiker des Landes.

Wie hat er diesen Erfolg organisiert?

Die *Weltwoche* hat Christoph Blocher in Herrliberg getroffen und mit ihm über Führung in der Politik und sein Verhältnis zum Freisinn gesprochen.

Weltwoche: Herr Blocher, die FDP bekommt mit Thierry Burkart einen neuen Präsidenten. Er übernimmt eine Partei in der Krise. Sie formten einst aus einer kleinen, schwächelnden SVP die grösste Partei der Schweiz. Welche Führungsgrundsätze sind für Sie entscheidend, um eine Partei erfolgreich zu machen?

Christoph Blocher: Zuerst braucht es eine saubere, schonungslose Lagebeurteilung. Alles muss auf den Tisch, auch grundlegende Fragen. Zum Beispiel: Was ist eine Partei?

Weltwoche: Wie lautet die Antwort?

Blocher: Eine Partei ist parteiisch. Sie setzt sich für bestimmte Anliegen der Bürger ein. Eine Partei muss für die Bürger da sein. Je mehr die Politiker an sich, je mehr die Parteien an ihr Image denken, desto weniger denken die Bürger an die Politiker und die Parteien. Darum braucht es klare Grundsätze.

Weltwoche: Welche Grundsätze hat die SVP?

Blocher: Die SVP ist eine liberalkonservative Partei. Sie stellt das Wohl des Bürgers – nicht des Staates – in den Mittelpunkt. Sie bekämpft die überbordende Bürokratie und verteidigt die schweizerischen Staatssäulen: Unabhängigkeit, Freiheit, dauernd bewaffnete Neutralität, direkte Demokratie.

Weltwoche: Wer bestimmt die Grundsätze?

Blocher: Wenn's richtig läuft, macht die Parteiführung den Parteidelegierten nach gründlicher Arbeit einen Antrag. Die Delegierten diskutieren und streiten darüber. Am Schluss akzeptieren sie den Antrag, weisen ihn zurück oder ändern ihn ab. Das ergibt den Auftrag der Parteidelegierten an die Parteiführung. Leider läuft es in der Wirklichkeit oft anders.

Weltwoche: Warum ist das so?

Blocher: Führen ist mühsam. Darum macht man es sich einfach. Man redet zum Beispiel von Klimastrategie, begnügt sich aber mit Klimazielen. Ein typisches Beispiel dafür ist das Pariser Abkommen.

Weltwoche: Was ist der Unterschied zwischen Ziel und Strategie?

Blocher: Das Ziel ist nur Teil einer Strategie, und zwar der einfachste Teil.

Weltwoche: Was ist eine Strategie?

Blocher: Eine Strategie ist ein genauer Plan zur Erreichung eines gegebenen Zieles unter Einschluss aller Faktoren, die der Zielerreichung entgegenwirken können. Wissen Sie, woher ich diese Definition habe?

Weltwoche: Aus der Offizierschule?

Blocher: Aus dem Duden!

Weltwoche: Die FDP-Führung um Petra Gössi befragte die Parteibasis, um ihren Kurs in der Klimapolitik festzulegen. Wie beurteilen Sie diesen Schritt?

Blocher: Ich bin skeptisch gegenüber Umfragen, in der Politik und in der Wirtschaft. Ich kenne keinen erfolgreichen Verwaltungsrat, der seine Aktionäre fragt, wie er das Unternehmen ausrichten sollte. Der Verwaltungsrat stellt der Generalversammlung einen begründeten Antrag. Dafür ist er angestellt. So sollte es auch in der Politik sein. In einem Unternehmen sind die Aktionäre der Chef, in einer Partei die Mitglieder, in der Schweiz die Stimmbürger. Und dem Chef stellt man keine Fragen!

Weltwoche: Kann man eine Partei oder ein Land wirklich wie ein Unternehmen führen?

Blocher: Selbstverständlich. Gleichgültig, was und wen man führt, die Führungsgrundsätze bleiben dieselben.

Weltwoche: Die Ems-Chemie gehörte Ihnen, die SVP gehörte Ihnen nicht. Das macht doch einen Unterschied.



«Engste Verbündete»:
mit Otto Fischer, 1982.

Blocher: Nein. Ob ich nun bei einer mehrheitlich eigenen Firma oder bei einer Partei in der Verantwortung stehe: Führung bleibt Führung. Die Frage ist immer: Wer gibt den Auftrag? Beim Unternehmen ist es auf Antrag der Verantwortlichen die Generalversammlung, bei der Partei die Delegiertenversammlung.

Weltwoche: Ein Unternehmer kann einen widerspenstigen Angestellten entlassen, ein Parteipräsident muss sich mit widerspenstigen Mitgliedern arrangieren.

Blocher: Wer den zentralen Auftrag ablehnt, verlässt die Partei irgendwann von selber. Das muss man in Kauf nehmen. Sonst bekommt man ein Basis-Problem.

Weltwoche: Was ist ein Basis-Problem?

Blocher: Starke Gruppen mit gegensätzlichen Meinungen in den entscheidenden Fragen. Einzelne Abweichler spielen keine Rolle.

«Richtungswechsel brauchen Kraft. Man muss etwas zurücklassen, was man einst für gut befunden hat.»

Ein Problem wird es erst, wenn keine Parteilinie mehr erkennbar ist.

Weltwoche: Wie lässt sich das vermeiden?

Blocher: Indem man die Mitglieder grundsätzlich diskutieren und um den Auftrag ringen und streiten lässt. Das ist wesentlich für den Erfolg. Ein klares Programm ist ein klarer Auftrag und vermeidet Basis-Probleme.

Weltwoche: Wie zeigt sich das konkret?

Blocher: Ich erinnere mich an eine erbitterte Diskussion bei einer Delegiertenversammlung der SVP. Sollte es im Programm nun heissen: «Die Schweiz tritt der EU nicht bei»? Oder: «Heute tritt die Schweiz der EU nicht bei»? Wir verteidigten stur die Variante ohne «heute». Die Delegierten unterstützten uns am Ende. Und jeder wusste: Die SVP lehnt den EU-Beitritt ab, nicht nur heute, sondern auch morgen und übermorgen. Wem das nicht passte, der verliess die Partei. Solche Diskussionen sicherzustellen, ist eine Führungsaufgabe.

Weltwoche: Würden Sie sagen, andere Parteien mieden solche Diskussionen?

Blocher: Eindeutig. Gerade bei der Frage des EU-Beitritts. Schauen Sie sich die Entscheide von FDP und CVP in den neunziger Jahren an: Oberflächlicher geht's nicht! Das rächte sich.

Weltwoche: Auf die Gegenwart umgelegt: Scheiterte FDP-Präsidentin Gössi an ihrem Führungsansatz? Setzte sie auf eine Umfrage, weil ihr der Mut fehlte, selber einen Antrag vorzubringen und die Basis über ihre Ideen einer freisinnigen Klimapolitik streiten zu lassen? Versteckte sie sich stattdessen hinter diesem Umfrageergebnis?

Blocher: Das muss sie selber beantworten. Ich würde meiner Partei abraten, die Mitglieder ins Blaue zu fragen, wie man etwas machen



«Eigenverantwortung, Selbständigkeit»:
mit Hans Letsch, 1983.

solle. Heute zu sagen, Frau Gössi habe Fehler gemacht, ist allerdings billig. Hätte sie nicht von erfahrenen Parteimitgliedern unterstützt und korrigiert werden müssen? Toni Brunner war da viel schlauer. Er sagte der Partei: «Ich werde nur Präsident, wenn Blocher mein Vizepräsident wird.» Er band mich in die Verantwortung ein. Ich musste ihm mit aller Kraft beistehen, sei es mit Zustimmung oder Kritik.

Weltwoche: Die FDP bekommt mit Thierry Burkart einen Präsidenten, der in wichtigen Fragen wie der Europa- oder Klimapolitik die amtierende Parteileitung um Petra Gössi öffentlich kritisierte. Was bedeutet das? Steht die FDP vor einem Richtungswechsel?

Blocher: Ich kenne Herrn Burkart zu wenig, um das beantworten zu können. Ich weiss aber:

Pensionierung

AHV

Wie hoch ist mein Anspruch?

Pensionskasse

Rente, Kapital, Kombination?

Hypothek

Soll ich amortisieren?

Steuern

Wie kann ich sparen?

Nachlass

Wie sichere ich meine Familie ab?

Kostenlos bestellen:
vz.ch.com/merkblatt-pensionierung

Mit der Pensionierung ändert sich Ihre finanzielle Situation grundlegend. Was Sie heute entscheiden, bestimmt Ihren Lebensstandard für viele Jahre. Eine unabhängige Beratung beim VZ lohnt sich. Überzeugen Sie sich selbst: Das erste Gespräch ist kostenlos und unverbindlich.

www.vermoegenszentrum.ch

Einen Richtungswechsel zu organisieren, ist anspruchsvoll. Man muss etwas zurücklassen, was man einst für richtig befunden hat. Das kann emotional werden und braucht viel Kraft, wenn es denn von Dauer sein soll.

Weltwoche: Sie zweifeln, ob Thierry Burkart diese Kraft hat?

Blocher: Nein. Aber hat die FDP-Basis diese Kraft? Herr Burkart ist anscheinend der Einzige, der zur Verfügung steht. Das ist keine gute Voraussetzung für einen Richtungswechsel. Wenn er aufgestellt würde, weil er einen neuen Kurs vertritt, wäre das ein gutes Zeichen. Davon höre ich aber nichts, im Gegenteil! Es heisst, der neue Präsident müsse die Partei vereinen. Und im Präsidium werden teilweise dieselben Leute sitzen, die den bisherigen Kurs richtig fanden.

Weltwoche: Wie war das, als Sie 1977 die SVP Zürich übernahmen?

Blocher: Das war eine Richtungswahl mit einem Gegenkandidaten. Ich legte vor den Delegierten dar, die SVP sei zu anpasserisch und zu schmal aufgestellt. Die Partei kümmerte sich damals vor allem um Landwirtschafts-, Finanz- und Militärpolitik. Ich fand, die SVP sollte auch Aussen-, Bildungs-, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik machen, und zwar auf dem Boden eines liberalkonservativen Gedankenguts. Die Zürcher Delegierten gaben mir diesen Auftrag. Nach und nach erschlossen wir diese Gebiete. Heute ist das Profil der SVP eindeutig.

Weltwoche: Waren das eigenständige Positionen? Oder kopierten Sie einfach das freisinnige Parteiprogramm?

Blocher: Bis in die achtziger Jahre waren SVP und FDP in wesentlichen Punkten fast deckungsgleich. Wir hatten dasselbe Ziel: die Grundsäulen der Schweiz zu verteidigen. Das ist kein Zufall. Wir sind aus derselben Partei hervorgegangen. Als Liberal-Radikale gründeten wir 1848 zusammen den Bundesstaat. Erst 1917 entstand die SVP. Die Freisinnigen und die SVP sind Geschwister. Unsere Eltern sind die Liberal-Radikalen des 19. Jahrhunderts.

Weltwoche: Warum gingen Sie eigentlich zur SVP? Als Pfarrerssohn, Jurist und Offizier hätten Sie doch zu den Freisinnigen gepasst, später als Unternehmer erst recht.

Blocher: Sie vergessen, ich bin gelernter Bauer. Das ist bis heute mein einziger Beruf.

Weltwoche: Trotzdem, die FDP wäre doch eine natürliche Polit-Heimat für Sie gewesen.

Blocher: Beide Parteien, SVP und FDP, fragten mich in den siebziger Jahren gleichzeitig an, ob ich zu ihnen kommen wolle. Ich entschied mich für die SVP, weil mir die Typen dort sympathischer waren. Ich bin von meinem Wesen her ein Bauer. Allerdings war ich in der SVP am Anfang oft in der Minderheit. Meine engsten Verbündeten hatte ich bei der FDP, zum Beispiel Otto Fischer und Hans Letsch. Das waren Freisinnige von altem Schrot und Korn.

Weltwoche: Was ist für Sie «freisinnig»?

Blocher: Früher stand «Freisinn» für Eigenverantwortung und die Selbständigkeit der Schweiz.

Weltwoche: Und heute?

Blocher: Schwer zu sagen. Als die Mauer fiel, verloren viele Politiker – auch viele Freisinnige – den Kopf. Sie wollten sogar die Neutralität aufgeben und der Nato beitreten. Hätten sie sich durchgesetzt, wären unsere Soldaten auch in Afghanistan eingerückt.

Weltwoche: Würden Sie sagen, Sie hielten mit freisinnigen Argumenten dagegen?

Blocher: Ja, das ist so. Für die Unabhängigkeit und Neutralität des Landes zu sein, galt die längste Zeit als freisinnig. Die SVP vertrat einfach weiterhin, was FDP und SVP stets gemeinsam vertreten hatten.



«Einstecken, ohne umzukippen» mit Franz Steinegger, 2012.

Weltwoche: Die Freisinnigen würden widersprechen.

Blocher: Ein Student der Universität St. Gallen – eine freisinnige Hochburg – kam eines Tages zu mir und sagte: «Herr Blocher, ich habe jetzt Reden aus vierzig Jahren von Ihnen analysiert und keinen Widerspruch gefunden. Wie ist das möglich?» Ich antwortete, das sei ganz einfach: «Wenn Sie immer dasselbe sagen, gibt es auch keine Widersprüche.»

«Franz Steinegger war ein bäumiger Cheib. Aber er wollte Bundesrat werden.»

lysiert und keinen Widerspruch gefunden. Wie ist das möglich?» Ich antwortete, das sei ganz einfach: «Wenn Sie immer dasselbe sagen, gibt es auch keine Widersprüche.»

Weltwoche: Heisst das, die Freisinnigen hätten 1992 den EWR-Beitritt ablehnen müssen, wären sie ihren Grundsätzen treu geblieben?

Blocher: So ist es. Einzelne taten es auch. Wer die Unabhängigkeit bewahren wollte, konnte den EWR-Beitritt nicht unterstützen.

Weltwoche: Die EWR-Gegner gewannen die Abstimmung. Damit begann die Wachablösung im bürgerlichen Lager. Die SVP überholte die FDP. Wenn Sie zurückblicken: Was waren die Stärken Ihrer Partei?

Blocher: Die SVP konnte einstecken, ohne umzukippen. Dafür braucht es starke Leute. Und wir hatten starke Leute mit dem richtigen Motiv. Es ging ihnen um die Sache und nicht um die eigene Karriere.

Weltwoche: War das ein Problem der FDP?

Blocher: Nicht nur, aber auch. Franz Steinegger war ein bäumiger Cheib. Aber er wollte Bundesrat werden und wich deshalb vom bewährten Kurs ab.

Weltwoche: Sie wollten auch Bundesrat werden.

Blocher: Nein.

Weltwoche: Wer kandidiert, will es doch werden.

Blocher: Nein, ich musste antreten. Erst einen Konfrontationskurs halten und sich dann aus der Verantwortung stehlen, das ging nicht. Ich schloss aber nie einen Kompromiss, um meine Wahlchancen zu erhöhen. Die Partei warf mir sogar vor, ich täte alles, was meine Chancen schmälere.

Weltwoche: Wie führten Sie die SVP als Bundesrat?

Blocher: Pascal Couchepin behauptete, ich hätte das getan. Das ist falsch und war auch nicht nötig.

Weltwoche: Im Mai 2005 hielten Sie als Bundesrat eine Rede über den Wert von Grenzen. Das war doch ein Wink an die Partei, vor der Abstimmung über das Schengen/Dublin-Abkommen im Juni mehr Einsatz zu zeigen.

Blocher: Nein, das war eine Richtigstellung. Bundespräsident Deiss hatte unter dem Siegel des Amtsgeheimnisses öffentlich die Fake News verbreitet, der Bundesrat befürworte Schengen/Dublin einhellig. Dabei war ich dagegen. Das wollte ich deutlich machen. Auch der Bundespräsident sollte nicht lügen.

Weltwoche: Lässt sich eine Partei aus dem Bundesrat führen?

Blocher: Die CVP wurde stark von ihren Bundesräten geführt. Ihr Programm war die Machterhaltung. Wenn man schaut, wo diese Partei heute steht, kann ich davor nur warnen.

Weltwoche: Hat die CVP – oder die «Mitte», wie sie inzwischen heisst – vielleicht einfach ihren Auftrag erfüllt: die Integration der Katholiken in den Bundesstaat? Oder allgemein gefragt: Kann eine Partei überflüssig werden?

Blocher: Wenn Sie den Auftrag erfüllt hat – sicher.

Weltwoche: Und was muss man dann tun?

Blocher: Auflösen. Oder einen anderen Auftrag wahrnehmen.

Weltwoche: Braucht es die SVP noch?

Blocher: Sie ist nötiger denn je.

Weltwoche: Warum?

Blocher: Ich sehe Bürokratie, Freiheitsbeschränkungen, Interventionismus, wo ich nur hinschaue. Da ist die SVP gefordert. Und sie ist die einzige Partei, die einen EU-Beitritt der Schweiz kategorisch ablehnt.

Weltwoche: Braucht es die FDP noch?

Blocher: Diese Frage müssen die Freisinnigen beantworten. Wenn sie sich für weniger Staat und mehr Freiheit einsetzen, freuen wir uns, einen Verbündeten zu haben.